



Das Reichsbanner

Nr. 3 32. Jahrgang September 1988

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

Gedenkfeier zum 20. Juli 1944

In diesen Tagen jährt sich zum 44. Mal der 20. Juli 1944, der Tag, an dem beherzte Männer und Frauen versuchten, in der Person Hitlers das verbrecherische NS-Regime auszuschalten.

Der Bundesminister der Justiz, Hans A. Engelhard, für die Bundesregierung, die Bürgermeisterin von Berlin, Dr. Hanna-Renate Laurien, für den Senat von Berlin gemeinsam mit unserem Dachverband, der UNION DEUTSCHER WIDERSTANDSKÄMPFER- UND VERFOLGTENVERBÄNDE e.V., dem Hilfswerk 20. Juli und dem Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. veranstalteten zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft am Mittwoch, 20. Juli 1988, 12 Uhr, eine Feierstunde im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 11-13, Berlin 30 (früheres Reichkriegsministerium).

Unser Dachverband, die UNION DEUTSCHER WIDERSTANDSKÄMPFER- UND VERFOLGTENVERBÄNDE e.V. nahm hierbei mit einer zwanzigköpfigen Delegation unter Führung des Vorsitzenden und Bundesehrevorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Georg Prinz, teil. Unter den Teilnehmern der Delegation befanden sich auch fünf Vertreter des Freiheitsbundes e.V., Berlin, Landesverband des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, unter Führung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Bodo Thomas, Mitglied des Abgeordnetenhauses der Stadt Berlin, Günter Reichelt, Geschäftsführer des Freiheitsbundes und Mitglied des Bundesvorstandes unserer Organisation, Horst Brüggemann, Vorsitzender der Ortsgruppe Steglitz des Freiheitsbundes e.V., Helga Prinzessin zu Löwenstein, Ehefrau des leider zu früh verstorbenen Bundesvorsitzenden des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, weiterhin Oberst a.D. Marohl, Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter am Bundesdisziplinargericht, Hans Joachim Meyer, Amtsrat a.D. und Frau Hanna Gerig, alle Vorstandsmitglieder bzw. stellvertretende Vorsitzende der UDWV.

Am Nachmittag des 20.7.1988 fand in Plötzensee eine Feierstunde und Kranzniederlegung statt. Für

das Reichsbanner legte Bodo Thomas mit Kameraden Kränze nieder.

Am Vorabend des Gedenktages, am 19.7.1988, gab die Bürgermeisterin von Berlin, Frau Dr. Hanna-Renate Laurien, einen Empfang im Rathaus Schöneberg, zu dem die Vertreter der UDWV, des Reichsbanners und des Freiheitsbundes e. V., Berlin, sowie die anderen unserem Dachverband angehörenden Organisationen vertreten waren.

Frau Laurien sagte in ihrer Rede, daß die Widerstandskämpfer, die damals als „Volksfeinde“ entehrt wurden, es ermöglicht haben, daß heute wieder von Deutschland gesprochen werden könne. Die Männer vom 20. Juli ermahnten uns, im Umgang mit Andersdenkenden die freiheitliche Menschenwürde zu achten.

Marianne Meyer-Kramer, Tochter des nach dem Attentat ebenfalls hingerichteten Carl Goerdeler, früher Oberbürgermeister von Königsberg (Pr.) und Leipzig, erklärte bei ihrer Ansprache in der Stauffenbergstraße, es sei das gemeinsame Ziel aller Hitler-Gegner gewesen, den NS-Verbrechen und dem Krieg ein Ende zu setzen. Ehrbegriff und Vaterlandsliebe hätten den Männern vom 20. Juli 1944 geboten, trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen gegen eine Regierung zu kämpfen, die die gesamte Menschheit bedrohe.

Bundeswehroffiziere in Zivil legten unter Führung des Flottenadmirals Brost den Kranz des Bundesverteidigungsministers am Ehrenmal in der Stauffenbergstraße nieder.

Für uns ist der Tag kein Triumph; er ist aber auch kein Tag der Trauer. Der Versuch, am 20.7.1944 Recht und Moral in Deutschland wiederherzustellen, mißlang. Jedoch liegt die große Bedeutung des 20.7.1944 darin, daß diese mutige Tat auch dem Ausland bewies, daß es ein „ANDERES DEUTSCHLAND“ in den Jahren 1933-1945 gab, und Hitler nicht im Namen aller Deutschen sprach und handelte. Der deutsche Widerstand war nicht Sache einer Partei, einer Klasse, eines Standes, einer Berufsgruppe; in ihm waren alle Schichten des Volkes vertreten. Die Tat geschah in einer Ausnahmesituation gegenüber einem Gewalthaber, der Recht und Gesetz brach und Verbrechen beging. Einig waren alle Männer des 20. Juli 1944 und alle Frauen,

die mit ihnen kämpften oder zu ihnen hielten in der Meinung, die Carl Goerdeler in die Worte faßte: „Die einzige Spaltung, die es in Deutschland geben darf, ist die zwischen anständig und unanständig!“ So sind auch wir Reichsbannerkameraden aufgeru-

fen, das Vermächtnis der Toten zu erfüllen und für Freiheit und Menschenrechte einzustehen:

In Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt.

Georg Prinz

Aus der „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“

Den alten Kameraden ist sie noch bekannt, die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“, die Woche für Woche mit vielen Photos über das politische Geschehen in der ersten Deutschen Republik und über Ereignisse in der Welt berichtete. Mit dieser Ausgabe des „Reichsbanner“ beginnen wir mit dem Nachdruck ausgewählter Artikel aus dieser Zeitschrift. Damit wollen wir einen Einblick in die politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit geben und erinnern an die Rolle, die das Reichsbanner damals gespielt hat.

In der Ausgabe Nr.11 vom 17. März 1928 erschien ein Gedenkartikel auf die März-Revolution von 1848, mit dessen Nachdruck wir an das 140-jährige Jubiläum des großen Kampfes um die Demokratische Republik erinnern.

1848

Die März-Feiern, die seit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands in steigendem Maße zu geistigen Sammelpunkten der Deutschen Republikaner geworden sind, erhalten in diesem Jahre durch den 80. Jahrestag der denkwürdigen Berliner Ereignisse eine besondere Bedeutung. Wieder stehen wir mit all denen, für die das schwarzrotgoldene Banner mehr ist als das bloße Hoheitszeichen des heutigen Staates, im Geiste an den Gräbern der Braven, die im Kampfe um die Freiheit fielen, und grüßen mit ihnen die Vorkämpfer der Demokratie, die in jenen sturmbewegten Tagen die Sache des Volkes führten. Das Gefühl der Wehmut und der Dankbarkeit, mit dem wir ihrer gedenken, darf uns aber nicht den Blick zu einer objektiven Beurteilung der Phase des Deutschen Freiheitskampfes trüben, die sich verheißungsvoll anließ, aber schließlich ein Ende mit Schrecken fand. Der 80. Jahrestag der Märzereignisse, den wir in einer Zeit begehen, die uns vor schwerwiegende Entscheidungen stellt, zwingt uns im Gegenteil, aus den historischen Ereignissen klare und eindeutige Folgerungen zu ziehen.

Die Volksbewegung, die im März 1848 unter dem Eindruck der Pariser-Februar-Revolution aufblühte, hatte anfänglich durchaus keinen revolutionären Charakter. Sie machte die Forderung nach Volksrechten, die nach den „Freiheitskriegen“ versprochen wurden - das Versprechen fand nie Erfüllung, sondern jede freiheitliche Regelung wurde unterdrückt - auf legalem Wege geltend durch Petitionen und Deputationen. Es ist bezeichnend für die Naivität und die Vertrauensseligkeit der damaligen Berliner, daß sie, als Friedrich Wilhelm IV. nach langem Zögern sich zu Zugeständnissen bereit erklärte, befriedigt waren. Erst als am 18. März während der Versammlung vor dem Schloß, wo die Ver-

kündigung der Volksrechte erfolgen sollte, jene zwei Schüsse fielen und das Militär zum Angriff auf das Volk schritt, griffen sie zu den Waffen und bauten Barrikaden, auf denen Arbeiter, Studenten und Bürger unter der schwarzrotgoldenen Fahne Schulter an Schulter sich gegen die Truppen zur Wehr setzten und schließlich den Rückzug des Militärs erzwangen. Aber auch jetzt kein Ausnutzen dieser vorteilhaften Situation, sondern stattdessen am 19. März jener Zug mit den gefallenen Freiheitskämpfern nach dem Schloßhof, wo der verängstigte König vor ihnen das Haupt entblößte, ein Vorgang, der ungeheuer eindrucksvoll und ebenso wie der folgende Umritt mit der schwarzrotgoldenen Binde ein schwerer Schlag gegen das Prestige des Königs war. Das war aber auch alles, denn als der König erklärte, daß er sich an die Spitze der Bewegung für ein einiges freies Deutschland stellen wolle - nicht aus innerer Verbundenheit mit dem Volke, dessen Sehnsucht diesem Ziele galt, sondern in dem Bestreben, die Notlage Österreichs im eigenen dynastischen Interesse auszunutzen -, vertraute man ihm von neuem und beschritt damit eine Bahn, die bei dem Charakter Friedrich Wilhelms IV. ins Verderben führen mußte. Diese Vertrauensseligkeit und Unentschlossenheit, in deren Zeichen auch die Nationalversammlung stattfand, in der sich die freiheitlichen Schwarmgeister an ihren feurigen Reden berauschten und darüber den Blick für die tatsächlichen Machtverhältnisse verloren, ließen die Reaktion wieder erstarken und machten ihr es leicht, den deutschen Einheits- und Freiheitswillen mit Bajonetten und Kanonen zu unterdrücken. Erst sieben Jahre später ging der Traum der Deutschen Einheit unter schmerzlichen Opfern in Erfüllung, und der Volkswille, der bis dahin bei dem herrschenden System die Rolle einer kümmerlichen Atrappe spielte, wurde oberstes Gesetz.

Wenn wir die 48er Geschehnisse mit den Augen des politischen Menschen von heute betrachten, wenn wir heute in den vergilbten Dokumenten und Flugblättern dieser Tage blättern, dann nimmt uns einmal der glühende Idealismus und edle Begeisterung gefangen, von denen die 48er Bewegung getragen war, zum anderen aber stellen wir erschüttert fest, daß ihr kein dauernder Erfolg beschieden sein konnte, weil sie es nicht verstanden hatte, die staatlichen Machtmittel ihrem Einfluß zu unterwerfen. Dennoch ist sie nicht fruchtlos gewesen. Der Idealismus und die Hingabe der 48er-Kämpfe an die Sache des Volkes ist ein unversiegbarer Quell, aus dem namentlich die Republikanische Jugend die Kraft für die Erfüllung der großen Aufgaben schöpfen kann, die ihr bevorstehen.

Denen aber, die die politische Verantwortung für

das Geschick der Deutschen Republik tragen, muß der Ausgang der März-Geschehnisse ein warnendes Menetekel sein. Es ist auch heute an reaktionärem Dunkel kein Mangel und in alle Schichten des Volkes führen die Fäden ihrer gegen den Bestand der Republik gerichteten Intrigen. Ihnen zu wehren und ihren Einfluß zurückzudrängen ist aber schließlich die Pflicht aller freiheitlichen Schichten des Volkes. Erkennen Sie den Ernst der Stunde, führen Sie am nahen Tage der Entscheidung den vernichtenden Schlag gegen die Reaktion, dann erweisen Sie sich würdig derer, die einst unter der schwarzrotgoldenen Fahne kämpften und starben. Hinein in den Kampf mit Begeisterung der 48er und dann die erlungene Position so ausgebaut, daß sie allen Anstürmen der Gegner zu trotzen vermag, das ist die Verpflichtung, die der 80. Jahrestag der März-Ereignisse uns Heutigen auferlegt.

Mannheimer Flugblatt aus dem März 1848:

Schwarz, Rot und Gold.

Schwarz, Rot und Gold, das sind die Farben,
die stolz der deutsche Bürger trägt;
Schwarz, Rot und Gold, das sind die Farben,
für die er sich im Kampfe schlägt.

Das Schwarz bedeutet Tod den Würgern;
die lachend uns ans Kreuz gespießt;
das Rot ist Blut von deutschen Bürgern,
das unserm Recht zum Opfer fließt.

Das Gold, das ist der Freiheit Segen,
drum schlägt auf Wegen und auf Stegen
die heiligen drei Farben an.

Schwarz, Rot und Gold, das sind die Farben.
Drauf stolz das deutsche Auge sieht;
Schwarz, Rot und Gold, das sind die Farben,
darin die Ernte Deutschlands blüht.

125 Jahre SPD

Vor ca. 1400 geladenen Zeitzeugen, Vertretern der Gewerkschaften und der Parteien: DGB-Chef Ernst Breit, Alfred Dregger (CDU/CSU), Wolfgang Mißnick (FDP), Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen, US-Botschafter Richard Burt, um nur einige Namen zu nennen, begrüßte als Hausherr des Reichstages Bundestagspräsident Phillip Jenninger (CDU) in einer beachtlichen Rede Parteigänger und Gäste. Glückwunschtelegramme sandten der Bundespräsident von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl. Politisch auch Andersdenkende, keine Feinde. Die Geschichte der Partei wurde in kurzen Einblendungen und Filmvorführungen präsentiert: Die Reichstagsrede gegen das Ermächtigungsgesetz von Otto Wels im März 1933 und herzlich begrüßt wurde einer der dabei war, der letzte noch lebende ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD, der gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte und den mutigen Auftritt miterlebte.

Das historische Gedenken: in eindrucksvollen Reden dargestellt von Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau, Anke Fuchs und vom Gastredner, dem Schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson. Herzlich begrüßt wurde der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt und der ehemalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner.

Dieter Hildebrandt gratulierte: „Die SPD ist neben der Kommunistischen Partei die Partei, die ihren Namen nicht zu ändern brauchte.“ Rezitationen von Lassalle- und Bebel-Texten und Strophen der Arbeiter-Marseillaise 'Wohlan wer Recht und Wahrheit achtet...' und das Lied des antifaschistischen Widerstandes 'Mein Vater wird gesucht...' wurden gesungen. Johannes Rau sprach von der Freude für ein gemeinsames Ziel zu arbeiten, 'Freiheit und Recht', und Anke Fuchs formulierte 'Wir wollen diese Demokratie weiter entwickeln.'

Heinrich L. Bode

Nachstehend dokumentieren wir das Grußwort unseres Bundespräsidenten.

Sehr geehrter Herr Vogel,

vor 125 Jahren, am 23. Mai 1863, wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Dies war die Geburtsstunde der Deutschen Sozialdemokratie. Keine andere demokratische Partei in unserem Land kann auf eine so lange, reiche Geschichte zurückblicken.

Ihre Wurzeln und Antriebskräfte fand sie in den humanen Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Der überlieferten obrigkeitlichen Ordnung stellte sie ihre Idee der parlamentarischen Demokratie gegenüber, in der alle Bürger gleichberechtigt ihren politischen Willen zur Geltung bringen und in der die Freiheit des Einzelnen von der sozialen Gerechtigkeit für alle nicht zu trennen ist. Damit hat die Sozialdemokratie den Weg der Deutschen zu einem freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat in den letzten 125 Jahren maßgeblich mitgeprägt. Große Persönlichkeiten geben davon Zeugnis, unter ihnen Ferdinand Lassalle, August Bebel und der erste Reichspräsident der Weimarer Republik, Friedrich Ebert. Unvergessen bleiben die klaren und mutigen Worte von Otto Wels im März 1933 und die geschlossene Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag. Für ihre Treue zur demokratischen Verfassung und den humanen Grundwerten hat die Deutsche Sozialdemokratie unter dem Nationalsozialismus schwere Opfer und Leiden auf sich nehmen müssen. Sie hat bleibende Zeichen des Widerstandes gegen Unrecht und Gewalt gesetzt.

Ihre Geschichte ist ein gutes, ein großes Kapi-

tel der deutschen Geschichte. Ihrem historischen Vermächtnis bleibt sie verpflichtet. Der Beitrag der deutschen Sozialdemokraten zu Frieden, Freiheit und Menschenwürde ist für die Deutschen und ihre Nachbarn auch in der Zukunft von unschätzbarem Wert. In diesem Sinne grüße ich Sie, Ihre Mitglieder, Freunde und Gäste herzlich zu Ihrem Festtag in Berlin.

Ihr
Richard Weizsäcker

Reichsbanner intern

Wer kann helfen?

„Vielleicht meldet sich doch das eine oder andere ehemalige Mitglied einer sozialdemokratischen Studentengruppe bzw. des „Deutschen Republikanischen Studentenbundes“! Besonders interessiert mich, ob es noch jemanden gibt, der mir etwas über Kurt Bley sagen könnte. Kurt Bley war anfangs in der „Sozialistischen Studentengruppe“ Heidelbergs aktiv, bevor er zum „Deutschen Republikanischen Studentenbund“ überwechselte, in dem er alsbald eine führende Rolle spielte. Er gründete später einen eigenen Verlag und trat dann vehement für den Arbeitsdienst ein. Ebenso würde ich gerne etwas über Walter Kolb erfahren, den späteren Frankfurter Oberbürgermeister, auf dessen Initiative hin der „Deutsche Republikanische Studentenbund“ 1927 in Heidelberg gegründet wurde.“

Roger Baecker, Brüsseler Platz 17, 5000 Köln 1

Nachruf

Albert Schmitt

* 20.7.1913

† 26.06.1988

Der Ortsverein Frankfurt und der Bundesvorstand mußte Abschied nehmen von unserem langjährigen Mitglied, Kameraden Albert Schmitt, der so unverhofft plötzlich verstarb. Schon in der Weimarer Zeit war er seit 1929 aktiv in unseren Reihen. Nach dem Wiederaufleben des Reichsbanners nach dem 2. Weltkrieg gehörte er dem Vorstand des Ortsvereins Frankfurt an und als Revisor dem Bundesvorstand.

Wir verneigen uns und werden unserem Kameraden Albert Schmitt ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Rede Walter Hesselbachs, die er am 23.4.1988 auf dem Bundeskongress gehalten hat, ist zwischenzeitlich gedruckt und kann bei der Redaktion bestellt werden.

Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

Leserbrief von Alfred Grosser

Herzlichen Dank!

Ich habe das Reichsbanner immer in meinen Kursen über Weimar lobend erwähnt - wußte aber leider nichts vom heutigen Bestehen.

Mit besten Wünschen
Ihr Alfred Grosser

Der Kommentar „Wahl in Schleswig-Holstein“...mag aus der Sicht der SPD ganz in Ordnung sein. Ein CDU-Mann wie ich, Mitglied des Reichsbanner bis 1933 mit anschließender Gestapohaft, sieht ganz andere Zusammenhänge. „Wem nützt das“, fragte man im alten Rom. Wem nützt der Kieler Rummel letztlich?

Ich bin sicher, daß die Affäre Barschel noch nicht geklärt ist. Wer hatte Interesse an seinem Tode? Seien Sie gewiß, das Thema ist noch nicht vom Tisch. Vorerst haben die Nutznießer seines Todes das Sagen.

In dem gebotenen Text erkenne ich die neue SPD-Methode, unerbittlich den politisch Andersdenkenden zu verfolgen, Namen zu nennen statt Problemlösungen anzubieten. Das wird sich zwar nicht auszahlen, aber es ist schade, daß eine ausgleichende Innenpolitik nicht mehr möglich ist. Wir alle werden die daraus resultierenden Verluste zahlen müssen. Also versuchen Sie es einmal damit, Informationen ohne Parteilbrille zu geben.

Trotzdem wünsche ich Ihrer Arbeit Erfolg.

W. Scholz, Limburg

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Nachrichten, Namen, Notizen

Liselotte Funke 70 Jahre

Liselotte Funke, eine hervorragende FDP-Politikerin, die in ihrem Amt - Ausländerbeauftragte - unbeirrt mitmenschliches Verhalten praktiziert, die dazu noch ehrenamtlich tätig ist.

Seit 1981 sorgt die Ausländerbeauftragte ohne Bürokratismus dafür, daß den Betroffenen in humaner Weise geholfen wird, wenn bei Familienzusammenführung - insbesondere Einreise von Kindern - Hilfe notwendig wird.

Die gelernte Diplomkauffrau hatte sich aber auch als Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages und als Vizepräsidentin des Bundestages Respekt und Ansehen verschafft.

Heinrich L. Bode

Walter Hammer 100 Jahre

Die Freie und Hansestadt Hamburg ehrte den Schriftsteller und Verleger Walter Hammer, anlässlich seines 100. Geburtstages mit der Benennung eines Walter-Hammer-Weges durch eine der schönsten Gegenden des Hamburger Naturschutzgebietes der Boberger Dünen.

Walter Hammer (Bürgerlicher Name: Walter Hösterey), geboren 1888 in Elberfeld, war seit seinem 18. Lebensjahr publizistisch tätig. Erlebnisse als Soldat im 1. Weltkrieg machten ihn zum Kriegsgegner. Nach dem Kriege gab er die weitverbreitete Zeitschrift „Junge Menschen“ heraus - es folgten „Junge Gemeinde“, der „Fackelreiter“ und eine Schriftenreihe „Junge Republik“. Walter Hammer gehörte zu den Gründern des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sehr bekannte Persönlichkeiten gingen durch seine Schule der Jugendbewegung: Erich Lüth, Hugo Sieker, Hermann Porzgen, u.a. auch der Dichter Fritz von Unruh.

1933 wurde Walter Hammer für mehrere Monate in Schutzhaft genommen. Er emigrierte über Amsterdam nach Kopenhagen, wo er Aufklärungsarbeit über die Vorgänge in Deutschland betrieb. Nach dem Einzug der deutschen Soldaten in Dänemark wurde er verhaftet, kam ins KZ-Sachsenhausen und danach ins Zuchthaus Brandenburg.

Nach der Befreiung 1945 baute er in Brandenburg eine Gedenkstätte an die dort hingerichteten Widerstandskämpfer auf, die jedoch in ihrer Ausgewogenheit den SED-Machthabern nicht paßte. Es gelang ihm, nach dem Westen zu entkommen. Er nahm seinen Wohnsitz in Hamburg, wo er seine Archivarbeit wieder aufnahm. Seine hervorragende Leistung im Gedenken über die Schicksale der Deutschen Parlamentarier der Weimarer Zeit war die Herausgabe der Dokumentation „Hohes Haus in Henkers Hand“ und ein Gedenkbuch des Reichsbannerführers Theodor Haubach.

Die Folgen von Haft und KZ führten zu einer schweren Erkrankung, der er am 9. Dezember 1966 in Hamburg erlag.

Heinrich L. Bode

Neonazis - aggressivste rechtsextremistische Kraft

Ende 1987 gab es in der Bundesrepublik Deutschland nach den Feststellungen des Verfassungsschutzberichtes 69 rechtsextremistische Organisationen (1986: 73). Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 22.100 auf rund 25.000 an. Die mitgliederstärkste Vereinigung ist die „national-freiheitliche“ Deutsche Volksunion (DVU), gefolgt von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) mit rund 6.200 Mitgliedern (1986: 6.100). Die Zahl der von Rechtsextremisten begangenen Gewalttaten bezifferte der Innenminister auf 76, im Jahr davor seien es 71 gewesen.

Als aggressivste rechtsextremistische Vereinigung treten seinen Ausführungen zufolge die Neo-Nationalsozialisten (Neonazis) auf; sie streben einen vom Führer- und Eliteprinzip bestimmten totalitären großdeutschen Staat nach der Ideologie und nach dem Programm der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) an. Zahlreiche Funde an Waffen, Munition und Sprengstoff belegen nach den Worten des Ministers die potentielle Gewaltbereitschaft der militanten rechtsextremistischen Szene.

aus Innenpolitik IV/88

Rechtsradikale profitieren von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau

Der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende Karl-Heinz Jungmann beobachtet mit Sorge die Aktivitäten rechtsradikaler, faschistischer Gruppen und Parteien. Die Gründung der „Deutschen Volksunion“ in Hessen und das erklärte Ziel weiterer rechtsradikaler Gruppen, nach den Kommunalwahlen in Hessen in viele Kommunalparlamente einzuziehen, muß, so Jungmann, die demokratischen Parteien schon jetzt auf den Plan rufen.

Jungmann: „Wir alle sind gefordert, den Weg nach rechts zu verschließen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können und dürfen kein Interesse an Parteien zeigen, die ein „neues 1933“ im Hinterkopf haben, Ausländerfeindlichkeit predigen und Grundrechte einschränken wollen.“

Diesen Parteien und Gruppen muß nach Auffassung von Jungmann der Nährboden entzogen werden. Einen solchen „Wahlkampf für die Demokratie“ würde der DGB nachdrücklich unterstützen.

Jungmann: „Nährboden für die Entwicklung von Faschismus ist genügend vorhanden; Arbeitslosigkeit, besonders Jugendarbeitslosigkeit, Verschlech-

terung des Lebensstandards durch Umverteilung, Sozialabbau, Umweltzerstörung, die Unzufriedenheit vieler Menschen mit den verantwortlich handelnden Politikern und die mangelnde Gelegenheit der Menschen, ihre Lebensverhältnisse am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Freizeit mitzubestimmen.“

Jungmann weiter: „Ein Staat, der in der Lage ist, die sozialen, wirtschaftlichen und die Lebensqualität betreffenden Probleme der ihn tragenden Menschen nur annähernd zu regeln, braucht keinen Faschismus aber auch keine anderen radikalen politischen Auswüchse zu befürchten. Auch deshalb brauchen wir ein Beschäftigungsprogramm, mit vielen neuen Arbeitsplätzen im Umweltschutz, brauchen wir eine sinnvolle Strukturpolitik, z.B. für Nord- und Ostthesen, müssen die Renten gesichert und nicht gekürzt werden, muß der seit Jahren anhaltende Umverteilungsprozeß (Steuern und Krankheitskosten) gestoppt werden.“

Beseitigung von NS-Unrechtsurteilen Neue Rechtsgrundlage für die ehemalige britische Besatzungszone

Einen Gesetzentwurf zur Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsurteile hat der Bundesrat am 31. Mai vorgelegt (11/2344). Damit sollen die Länder Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein unter bestimmten Voraussetzungen erneut die Möglichkeit zur Aufhebung von nationalsozialistischen Unrechtsurteilen erhalten. In diesen Ländern, die der britischen Besatzungszone angehört haben, war im Zuge der Rechtsbereinigung 1968 die rechtliche Grundlage zur Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsurteile entfallen.

Kommunales Wahlrecht für Ausländer

Einen Antrag der SPD-Fraktion (11/1964) und einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (11/2302) zum Ausländerrecht hat der Bundestag am 10. Juni zur federführenden Beratung an den Innenausschuß und zur Mitberatung an den Rechtsausschuß überwiesen.

Die SPD fordert in ihrem Antrag das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung geht es um eine Änderung asylverfahrensrechtlicher und ausländerrechtlicher Vorschriften. Die Regierung will vor allem durchsetzen, daß Eilverfahren nach Paragraph 11 des Asylverfahrensgesetzes, die bei „offensichtlich unbegründeten Asylanträgen“ angewandt werden können, unbefristet weiter möglich sind.

Bereits in einem früheren Heft hatten wir auf Kindererziehungsleistungen für Mütter hingewiesen. Mütter der Jahrgänge 1906 und früher, die diese Leistung bisher noch nicht beantragt haben, können und sollten dies nachholen. Die Erziehungsleistung wird ihnen dann von Oktober 1987 an nachgezahlt. Nähere Informationen können bei den Versiche-

rungämtern der Gemeinden, bei den Auskunft- und Beratungsstellen der Rentenversicherungsträger und bei den Versichertenältesten eingeholt werden.

DGB gegen Anhebung der Altersgrenzen

Auf Rentenkürzungen laufen nach Ansicht des DGB Pläne der Bundesregierung hinaus, die eine Heraufsetzung der Altersgrenzen auf 65 Jahre vorsehen. Mit Kürzungen von 26 Prozent müßten vor allem Frauen und langfristig Arbeitslose rechnen, bei denen heute schon Altersarmut keine Seltenheit sei. Mit der ebenfalls vorgesehenen Anhebung der flexiblen Altersgrenze vom 63. auf das 65. Lebensjahr blieben diejenigen auf der Strecke, die aus gesundheitlichen Gründen und aufgrund der Arbeitsmarktlage keine Chance hätten, bis 65 zu arbeiten. Sie müßten mit drastischen Abschlägen rechnen.

DGB: Sozialversicherungsausweis ungeeignet.

Die von der Bundesregierung geplante Einführung eines Sozialversicherungsausweises ist nach Auffassung des DGB kein geeignetes Instrument zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und mißbräuchlicher Inanspruchnahme sozialversicherungsrechtlicher Bestimmungen. Ein DGB-Sprecher verwies darauf, daß die Arbeitsämter bereits nach geltendem Recht befugt seien, zur Aufdeckung von Leistungsmißbräuchen sogenannte Außenprüfungen in Betrieben durchzuführen. Es hätte völlig genügt, die Arbeitsämter auch mit der Aufdeckung von Schwarzarbeit und Beitragshinterziehung zu beauftragen und ihr Kontrollpersonal zu verstärken.

Übergangsregelung für abgelaufene Reisepässe

Abgelaufene Reisepässe werden bis auf weiteres gebührenfrei mit einer Gültigkeitsdauer von drei Jahren neu ausgestellt. Darauf haben sich nach einer Initiative von Bundesinnenminister Zimmermann die Innenminister der Länder auf ihrer Konferenz in Celle am 29. April 1988 geeinigt.

Grund für diese Übergangsregelung ist der aufgetretene Engpaß bei der Ausgabe der neuen maschinenlesbaren und fälschungssicheren Reisepässe kurz vor Beginn der Urlaubssaison. Parallel dazu wurde bei der Bundesdruckerei in Berlin, die zum Zuständigkeitsbereich des Postministers gehört, mit dem Aufbau einer zweiten Arbeitsschicht begonnen, um die Nachfrage der Bürger nach diesen Dokumenten zu befriedigen (siehe Innenpolitik III/88).

Auch bereits zehn Jahre alte Pässe, die nicht mehr verlängert wurden, werden nach dieser Regelung mit dem Stempel „Neu ausgestellt“ für weitere drei Jahre gültig sein.

Antragsteller, die keinen Paß haben, der auf diese Weise neu ausgestellt werden kann, können sich einen vorläufigen Reisepaß mit fünfjähriger Gültigkeit ausfertigen lassen.

(aus Innenpolitik IV/88)